

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/2250 und 10/2530

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 10/1163, 10/1169, 10/1196 und 10/1258

Beratung der einzelnen Etatpositionen, beginnend mit den Personalkosten

Der Ausschuß behandelt zunächst den Personalhaushalt und stellt fest, daß die von der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" im Dezember 1986 geäußerten Erwartungen, soweit sie den Einzelplan 08 betreffen, durch die in Vorlage 10/1258 ausgewiesenen Stelleneinsparungen erfüllt worden sind. - Der Ausschuß berät im Anschluß daran den Sachhaushalt des Einzelplans 08.

- 3 Situation des Fremdenverkehrs

Festlegung der für den 27. Januar 1988 geplanten öffentlichen Anhörung von Sachverständigen

Die Fraktionen kommen überein, sich bis zur nächsten Sitzung, in der dieser Punkt abschließend behandelt werden soll, über den Fragenkatalog und den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

- 4 Vorlage eines Finanzierungskonzepts Zukunftssicherung für Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/1798

Beratung

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie lehnt den Antrag der F.D.P. Drucksache 10/1798 mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von F.D.P. und CDU ab.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

5 Vorrang für neue Arbeitsplätze

Antrag der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/2148

- Beratung

Der Ausschuß vertritt gemeinsam die Auffassung, daß die endogenen Wachstumskräfte in allen Regionen des Landes mobilisiert werden müssen und daß das Land Hilfestellung geben muß, damit dieser Mobilisierungsprozeß stattfinden kann.

Der Ausschuß verständigt sich im übrigen darauf, den Antrag ruhenzulassen, bis die Vorschläge der Expertenkommission vorliegen.

6 Gesetz über die Errichtung von Ingenieurkammern  
(Ingenieurkammergesetz - IngKammG)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/2146

- Beratung und gegebenenfalls Abstimmung

Der Ausschuß kommt überein, den Antrag nach der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen in seiner Dezember-Sitzung abschließend zu beraten.

Nächste Sitzung: 25. November 1987



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert der Vorsitzende im Namen des Ausschusses Frau Abg. Thoben (CDU) zur Wahl in den Bundesvorstand ihrer Partei und wünscht ihr - insbesondere auch im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen - viel Erfolg in dieser Tätigkeit.

Zu 1: Gesetz über die Anerkennung als Markscheider  
(Markscheidergesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 10/2103

Vorlagen 10/1231 und 10/1232

Abschließende Beratung und Abstimmung

Abg. Brinkert (CDU) möchte wissen, ob es gelungen sei, die von interessierter Seite zu diesem Gesetzentwurf vorgebrachten Anregungen einzuarbeiten, oder ob eine Übereinstimmung erreicht worden sei, die es der Opposition erlaube, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zu unterstützen.

Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, Dr. Jochimsen, weist darauf hin, daß es sich hierbei um ein zwischen Bund und Ländern einvernehmlich so verabredetes Gesetz handle. Seitdem der Gesetzentwurf im Landtag beraten werde, seien ihm Neuerungen nicht bekanntgeworden. - Leitender Ministerialrat Dr. Fornelli (MWMT) teilt ergänzend mit, Nordrhein-Westfalen sei das zweite Bundesland, das sich um die Umsetzung dieses einvernehmlich beschlossenen Entwurfs bemühe; in Baden-Württemberg sei das Gesetz in der vorliegenden Form inzwischen bereits in Kraft getreten.

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig zu.

Als Berichterstatter wird einvernehmlich der Ausschußvorsitzende benannt.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des  
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988  
(Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/2250 und 10/2530  
hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
Vorlagen 10/1163, 10/1169, 10/1196 und 10/1258  
Beratung der einzelnen Etatpositionen, beginnend mit den  
Personalkosten

---

(In diesem Protokoll werden nur die Kapitel des Haushaltsplans  
aufgeführt, zu denen das Wort ergriffen wird.)

Frau Abg. Thoben (CDU) erinnert zu Beginn der Beratungen an ihr  
Schreiben vom 3. November 1987, in dem sie den Vorsitzenden um  
eine Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema "Sonderprogramm des  
Landes Nordrhein-Westfalen und der Europäischen Gemeinschaft zur  
Entwicklung von arbeitsplatzschaffenden Tätigkeiten in den Arbeits-  
marktregionen Duisburg, Bochum und Dortmund" gebeten habe, da die  
dazu verteilte Vorlage 10/1261 nicht aussagekräftig genug sei. -  
Der Vorsitzende bedauert, das Schreiben bis heute nicht erhalten  
zu haben, und regt an, dieses Thema in der nächsten Sitzung zu be-  
handeln.

Er macht auf die in die Beratungen einbezogene Ergänzung zum Haus-  
haltsgesetz Drucksache 10/2530 aufmerksam und ruft zunächst den

#### Personalhaushalt des Einzelplans 08

auf, zu dem sich keine Fragen ergeben.

Der Ausschuß stellt fest, daß die von der Arbeitsgruppe  
"Personalbedarf und Stellenpläne" im Dezember 1986 ge-  
äußerten Erwartungen, soweit sie den Einzelplan 08 be-  
treffen, durch die in Vorlage 10/1258 ausgewiesenen Stellen-  
einsparungen erfüllt worden sind.

Der Ausschuß wendet sich sodann dem

#### Sachhaushalt des Einzelplans 08

zu:

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

### Kapitel 08 020 - Allgemeine Bewilligungen

Zu Titel 526 00 - Erstellung von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen - bezieht sich Frau Abg. Thoben (CDU) auf den Erläuterungsband Vorlage 10/1169, in dem in keinem Falle mehr die die Untersuchung durchführende Person oder Stelle benannt sei. Ihre Frage, wer die Untersuchung "Entwicklungsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen in NRW" durchführe, beantwortet Ministerialdirigent Tümpel (MWMT) dahin gehend, daß Auftragnehmer das RWI in Essen sei.

Unter Hinweis darauf, daß es in den zurückliegenden Jahren eine laufende Beauftragung für eine kontinuierliche Konjunkturberichterstattung und eine Art Strukturberichterstattung für das Land gegeben habe, fragt Frau Abg. Thoben (CDU), ob diese Berichterstattung eingestellt worden sei.

MinDgt Tümpel (MWMT) vermutet, daß Frau Abg. Thoben (CDU) die sogenannte Schäfer-Studie anspreche. Die Strukturberichterstattung werde seit dem letzten Jahr als besondere Aufgabe in Kapitel 08 030 Titel 526 20 ausgewiesen; im Rahmen dieses Titels erfolge auch die Finanzierung der Schäfer-Studie.

### Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes

Zu Titel 286 40 - Zuweisungen der EG im Rahmen des Sonderprogramms des Landes NRW und der EG für die Arbeitsmarktregionen Ahaus und Steinfurt - bittet Abg. Skorzak (CDU) um eine Information über die Aussage in den Erläuterungen: "Eingeschlossen ist die Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen."

Staatssekretär Vollmer (MWMT) führt aus, die für die Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen geltenden Zuschußmöglichkeiten hätten auch für die Zuweisungen der EG im Rahmen des Sonderprogramms Gültigkeit. Diese Mittel würden aufgestockt und könnten auch an örtliche Beschäftigungsinitiativen gezahlt werden.

Dem Einwand von Abg. Skorzak (CDU), daß das Programm damit sehr stark verwässert werde, begegnet Staatssekretär Vollmer (MWMT) mit dem Hinweis, daß das Programm auf arbeitsplatzschaffende Maßnahmen gerichtet sei und daß die Unterstützung von Beschäftigungsinitiativen die Zustimmung der EG gefunden habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, an wen die im Erläuterungsband Vorlage 10/1169 bei Titel 526 20 - Sektorale, regionale und technologieorientierte Strukturberichterstattung, Wissenschaftliche Kommission für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Strukturpolitischer Beirat - aufgeführten Untersuchungsaufträge vergeben worden seien und wie es zu dieser Auswahl gekommen sei.

Die aufgeführten Gutachtenaufträge beruhen nach Auskunft von Staatssekretär Vollmer auf Diskussionen in der Wissenschaftlichen Kommission und im Strukturpolitischen Beirat. Die Gutachten seien, so fügt er auf weitere Fragen von Frau Abg. Thoben (CDU) hinzu, von der Wissenschaftlichen Kommission ausgedacht worden, die seines Wissens dreimal getagt habe. Aufgrund von Empfehlungen seien die Gutachter ausgewählt worden. Es handele sich dabei zum Teil um Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission und zu einem anderen Teil um Auftragsvergaben nach draußen.

Frau Abg. Thoben (CDU) gibt zu bedenken, daß bei einem solchen Verfahren die Kommission durch die Auswahl der Themen sich selbst einen Zugriff auf die Haushaltsmittel verschaffen könne.

Staatssekretär Vollmer widerspricht diesem Bedenken und weist darauf hin, daß der Kommission ausgesuchte Spitzenvertreter der verschiedenen Disziplinen angehörten. Bei der Auswahl von Gutachten konzentriere man sich selbstverständlich auch auf diese Personen, die durch Namen ausgewiesen seien. Die Gefahr eines Zugriffs auf die Haushaltsmittel könne er nicht erkennen, weil die Entscheidung letztendlich vom Ministerium getroffen werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß es ursprüngliche Aufgabe der Kommission gewesen sei, Politik im Vorfeld konsensfähig zu machen. Zusätzlich zu den Wissenschaftlern habe ein Gremium von gesellschaftlichen Gruppen die Untersuchungsaufträge gegenprüfen sollen. Sie fragt, wer für die Vergabe und den Zugriff auf die Haushaltsmittel verantwortlich sei. - Die Vergabe, so erwidert Staatssekretär Vollmer, erfolge durch das Ministerium.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) erinnert an die vorjährigen Haushaltsberatungen, bei denen man nach den Gründen für einzelne Ansatzserhöhungen oder -senkungen und gelegentlich nach Mittelabflüssen gefragt habe, die aber letztendlich einer "Erbsenzählerei" geglichen hätten; die Intention des Haushalts sei ihm dabei jedenfalls nicht ganz klar geworden.

Um diesem Mangel abzuhelpen, frage er - da ja der Einzelplan 08 mit dazu beitragen solle, die rund 700 000 Arbeitslosen im Lande mit Perspektiven zu versehen - schon vor der Beratung einzelner

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Positionen, wo denn im diesjährigen Haushalt die Schwerpunkte, und zwar insbesondere im investiven Bereich, gesetzt worden seien.

Dem Hinweis des Vorsitzenden auf Seite 5 der schriftlichen Einführung in den Haushaltsplanentwurf - Vorlage 10/1196 - begegnet Abg. Heinemann (Enger) (CDU) mit der Anmerkung, daß er auf eine mündliche Erläuterung der Schwerpunkte Wert lege.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) bezieht sich auf Seite 17 der Vorlage 10/1169, wonach unter anderem die Untersuchungsaufträge "Systemanalyse der Landeswirtschaftspolitik" und "Strukturmerkmale des Unternehmens der Zukunft" vergeben worden seien. In diesen Fragen gebe es offensichtlich erhebliche Defizite. Er möchte wissen, warum man sich erst jetzt mit diesen Gedanken auseinandersetze und wann mit Ergebnissen dieser Untersuchungen zu rechnen sei, um deren Übermittlung an den Ausschuß er bitte.

Abg. Apostel (SPD) kommt auf den Diskussionsbeitrag von Frau Abg. Thoben (CDU) zurück. Seines Erachtens sei es für alle, die die Haushaltsverantwortung zu tragen hätten, von großem Interesse, daß sie mit denjenigen in einem vernünftigen Vertrauensverhältnis stünden, die an einer erkenntnisorientierten Verbesserung der nordrhein-westfälischen Wirtschaftssituation mitarbeiteten. Wenn Frau Abg. Thoben (CDU) allerdings unterstelle, daß mit der Einrichtung der Wissenschaftlichen Kommission und des Strukturpolitischen Beirats ein "wissenschaftlicher Selbstbedienungsladen" in Gang gesetzt worden sei, dann komme dies eher einem Mißtrauens- als einem Vertrauensvotum gleich.

Er regt an, im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit möglicherweise eine gemeinsame Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit den Wissenschaftlern zu arrangieren und auf diese Weise mögliches Mißtrauen abbauen zu helfen.

Frau Abg. Thoben (CDU) macht geltend, daß ihre Fraktion schon seinerzeit, als der Minister seine Vorstellungen über die Notwendigkeit zusätzlicher Gremien vorgetragen habe, nach den Entscheidungsstrukturen gefragt habe, die noch immer nicht klar seien.

Es gebe eine Gruppe von Wissenschaftlern, die offenbar im Vorfeld wirtschaftspolitischer Entscheidungen Fragen formulieren oder auch sich klar darüber werden sollten, welche Fragen derzeit unbeantwortet, aber für die Wirtschaftspolitik des Landes von Bedeutung seien. Für diesen Bereich sei die Auskunft gegeben worden, daß die letzte Entscheidung über die Vergabe von Aufträgen im Wirtschaftsministerium getroffen werde.



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Aber sie könne nicht erkennen, welche Funktion denn neben dieser Wissenschaftlichen Kommission dem Strukturpolitischen Beirat zufalle. Offensichtlich halte die Landesregierung eine Systemanalyse ihrer eigenen Politik für wichtig. Die CDU habe dazu eine Große Anfrage gestellt, um endlich die Entscheidungs- und Zuständigkeitsstrukturen, die sich hierzulande in einem Wust von Institutionen aufgelöst hätten, wieder klarzustellen. Aus der Tatsache, daß die Landesregierung um Verlängerung der Bearbeitungsfrist gebeten habe, gehe hervor, daß sie sich selbst darüber nicht im klaren sei.

Sie fragt, ob die in Auftrag gegebene Systemanalyse eine Vorarbeit für die Beantwortung der Großen Anfrage der CDU leiste oder ob sich das Ministerium in der Lage sehe zu beschreiben, wie es die Zuständigkeiten verteilt habe.

Staatssekretär Vollmer schließt sich der Anregung von Abg. Apostel (SPD) an: Wenn Mißtrauen gegenüber einem Gremium bestehe, das im Auftrage des Landes tätig sein solle, dann halte er es für zweckmäßig, daß der Wirtschaftsausschuß mit diesem Gremium in eine Erörterung eintrete. Er werde daher versuchen, einen möglichst baldigen Termin mit dem Wissenschaftlichen Beirat zu vereinbaren, damit die beteiligten Wissenschaftler ihr Selbstverständnis darstellen und zu ihrer Arbeit aus ihrer Sicht Stellung nehmen könnten.

Frau Abg. Thoben (CDU) merkt an, daß sie in gleicher Weise Wert auf Kontakt mit dem Strukturpolitischen Beirat lege, um zu erfahren, wofür er zuständig sei.

Leitender Ministerialrat Dr. Becker (MWMT) geht auf die von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) angesprochenen Gutachten ein: In dem Gutachten "Systemanalyse der Landeswirtschaftspolitik" analysiere der Gutachter zwei verschiedene Förderprogramme, und zwar zum einen das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm und zum anderen das Technologieprogramm Wirtschaft. Ziel der Analyse sei es festzustellen, ob die Verfahren optimal gestaltet seien oder ob es Verbesserungsmöglichkeiten gebe. Die Frage, ob der Untersuchungsauftrag erweitert werde, werde dann zu prüfen sein, wenn die Ergebnisse vorlägen.

Bei der Untersuchung "Strukturmerkmale des Unternehmens der Zukunft" werde in erster Linie geprüft, ob es überhaupt so etwas wie Strukturmerkmale des Unternehmens der Zukunft gebe oder ob die Inhalte von Unternehmensformen so vielfältig seien, daß man sich für eine Strukturpolitik gar nicht auf bestimmte Strukturmerkmale festlegen könne, daß man also eine große Angebotsbreite beibehalten müsse.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Staatssekretär Vollmer weist darauf hin, daß gegenwärtig in allen Parteien darüber diskutiert werde, welche Aufgaben der Westdeutschen Landesbank als Landesbank übertragen werden sollten. Die Untersuchung dieser Frage habe das Ministerium Anfang des Jahres im Rahmen dieses Gutachtens in Auftrag gegeben.

Ergebnisse lägen zur Zeit noch nicht vor; sie würden - wie stets - dem Landtag mitgeteilt.

Frau Abg. Thoben (CDU) erkundigt sich - wie sie dies auch bereits in einer Kleinen Anfrage getan habe -, wer die Systemanalyse durchführe. Genau zu diesen Fragen gebe es nämlich eine Ausarbeitung aus dem Jahre 1984, die der Landesregierung vorliege.

Staatssekretär Vollmer stellt klar, daß es sich dabei nicht um eine Untersuchung gehandelt habe. Vielmehr seien im Rahmen einer internen Arbeit der WestLB über ihre Unternehmensstruktur diese Fragen angesprochen und zwischen dem Ministerium und der WestLB erörtert worden.

Abg. Apostel (SPD) stellt fest, daß der Titel "Systemanalyse der Landeswirtschaftspolitik" die Erläuterung nicht abdecke; denn nach der Erläuterung handele es sich um eine Analyse der Wirksamkeit von Förderinstrumenten und der Effizienz der dazu notwendigen Apparate. Er hielte es für sinnvoll, in Zukunft den Titel so zu ändern, daß die Untersuchung aus dem politischen Streit herausgehalten werde. - Staatssekretär Vollmer nimmt die Anregung dankend auf und teilt in Beantwortung der noch offenen Frage von Frau Abg. Thoben (CDU) mit, die Systemanalyse werde von Prof. Hessel von der Verwaltungshochschule in Speyer durchgeführt.

Wenn nach der soeben gegebenen Darstellung nur die Förderkriterien und dergleichen untersucht würden, dann sei seine Fraktion daran interessiert, im nächsten Jahr exakt entsprechend dem hier ausgewiesenen Titel eine "Systemanalyse der Landeswirtschaftspolitik" vornehmen zu lassen, erklärt Abg. Tschoeltsch (F.D.P.). - Staatssekretär Vollmer erwidert, die Landesregierung könnte diesem Gedanken nähertreten, wenn ihr anschließend nicht wieder der Vorwurf gemacht würde, daß die Systemanalyse reichlich spät erfolge.

Der Vorsitzende stellt zu diesem Thema abschließend den Wunsch des Ausschusses fest, zu einem noch zu vereinbarenden Termin ein Treffen des Wirtschaftsausschusses mit der Wissenschaftlichen Kommission und dem Strukturpolitischen Beirat zu arrangieren.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Bezüglich der Frage von Abg. Heinemann (Enger) (CDU) nach den Schwerpunkten des Einzelplans 08 verweist Staatssekretär Vollmer auf die in Vorlage 10/1196 festgehaltene schriftliche Einführung in den Haushalt. Für die Beantwortung darüber hinausgehender spezieller Fragen stünden die Mitarbeiter des Ministeriums zur Verfügung.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) möchte wissen, ob es im Haushaltsplanentwurf 1988 neue Positionen gebe, aus denen neue Perspektiven und eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik der Landesregierung deutlich würden.

Aus dem Haushalt 1988 ergibt sich nach den Worten von Staatssekretär Vollmer, daß die Kontinuität der Wirtschaftspolitik fortgesetzt werde. Es gebe einige neue Titel und einige Titel, die möglicherweise eine etwas andere Ausprägung erhalten hätten und die die Landesregierung vortragen könnte; die Grundlinien der bisherigen Wirtschaftspolitik aber seien im Haushalt 1988 nicht verlassen worden.

Frau Abg. Thoben (CDU) bittet um Auskunft, ob es zutreffe, daß der Wirtschaftsminister gegenwärtig eine Pressekonferenz gebe, während der Haushalt seines Ministeriums im Ausschuß beraten werde.

Staatssekretär Vollmer verweist auf die seit etwa zwei Jahren geübte Praxis der Landesregierung, am Tage nach Kabinettsitzungen in einer sogenannten Kabinettspressekonferenz die Ergebnisse der Beratungen der Presse mitzuteilen. Gestern habe im Kabinett der Tagesordnungspunkt "Zukunftsinitiative Montanregionen (ZIM)" einen breiten Raum eingenommen, worüber der Minister gegenwärtig die Presse informiere. Er sei gern bereit, den Sprechzettel des Ministers für die Pressekonferenz hier vorzutragen. - Frau Abg. Thoben (CDU) teilt mit, daß sich ein solcher Vortrag erübrige, weil ihr der Sprechzettel zur Verfügung stehe.

Zu Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH - merkt Frau Abg. Thoben (CDU) an, sie halte es für sinnvoll, auch angesichts der wiederum erheblich aufgestockten Personalmittel zunächst einmal heute nachmittag im Beirat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft hierzu Näheres zu erfahren. Sie weist darauf hin, daß es seit einer Reihe von Jahren Überlegungen gebe, ob diese Institution von ihrer Aufgabenstellung und ihrer Einordnung in den sonstigen "Institutionenwirrwarr" her richtig angesiedelt sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Im Zusammenhang mit den Titeln 685 11, 685 12, 685 13 und 685 14, die Maßnahmen zur Förderung bestimmter Branchen des Mittelstandes enthielten, macht Abg. Westermann (SPD) darauf aufmerksam, daß der Wirtschaftsausschuß im Zuge der Neuordnung der Landesregierung einen Teilbereich dieser Beratungsmaßnahmen aus dem Blick verloren habe: Die Beratung von Verkehrsunternehmen sei im Haushalt des Verkehrsministers gelandet, und der Verkehrsausschuß habe die diesbezüglichen Mittel für 1988 gestrichen.

Er bittet darum, das Thema "Beratungswesen" im nächsten Jahr im Ausschuß zu diskutieren, und fragt das Ministerium nach Möglichkeiten, eine den anderen Beratungsmaßnahmen vergleichbare Grundstruktur der Beratung der Verkehrsunternehmen auch für 1988 aufrechtzuerhalten, damit dieser Teilbereich der mittelständischen Beratung nicht völlig unter den Tisch falle.

Eine solche Möglichkeit sehe er darin, so erläutert Staatssekretär Vollmer, bei Titel 685 18 die Erläuterungen um eine Ziffer 3 zu ergänzen: Zuschüsse für Einzel- und Gruppenberatung zur Leistungssteigerung mittelständischer Betriebe des Verkehrsgewerbes.

Abg. Westermann (SPD) kündigt an, daß seine Fraktion in der Antragsitzung vorschlagen werde, so zu verfahren.

Unter Bezugnahme auf den gegenüber 1986 erheblich erhöhten Ansatz bei Titel 685 17 - Beratungsförderung von örtlichen Beschäftigungsinitiativen - fragt Abg. Heinemann (Enger) (CDU) nach dem Mittelabfluß, nach der Inanspruchnahme dieser Beratungen und nach deren Ergebnissen.

LMR Dr. Goeke (MWMT) legt dar, bei Titel 685 17 handele es sich um die in den drei Arbeitsmarktregionen Bochum, Dortmund und Duisburg geleisteten Beratungen, die auf die jeweils zuständigen Ämter delegiert worden seien. Bis Abschluß des Sommers 1987 seien 118 Beratungen abgeschlossen worden, darunter 15 mit negativem und 103 mit positivem Erfolg. Ein Beratungserfolg, so fügt er an, könne auch darin liegen, daß man von der Bildung einer bestimmten Initiative mit einem bestimmten Zweck abrate.

Unter Hinweis darauf, daß die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen nur zu einem begrenzten Teil auf den Bereich Kohle und Stahl zurückzuführen seien, fragt Abg. Heinemann (Enger) (CDU), ob es Haushaltsansätze für soziale Abfederungsmaßnahmen bei solchen Arbeitslosen gebe, die nicht zum Bereich Kohle und Stahl gehörten, sondern aus mittelständischen Betrieben stammten. Staatssekretär Vollmer (MWMT) erwidert, dafür gebe es keine Haushaltsstelle. Ministerialdirigent

Tümpel (MWMT) weist darauf hin, daß man allenfalls den "Feuerwehrrfonds" als eine für die mittelbaren Folgen von Betriebsschließungen in Betracht kommende Haushaltsstelle ansehen könne.

Zu Titel 685 19 - Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen zur Fortführung von Stilllegung bedrohten Betrieben - möchte Abg. Skorzak (CDU) wissen, wie oft solche Hilfen in Anspruch genommen worden seien und wie viele derartige Initiativen Erfolg in der Weise gehabt hätten, daß die von Stilllegung bedrohten Betriebe aufgrund dieser Initiativen hätten weitergeführt werden können.

Ministerialrat Hennings (MWMT) teilt mit, daß die Mittel bisher noch nicht in Anspruch genommen worden seien. Der Titel sei für Eventualfälle eingerichtet worden: wenn sich Arbeitnehmer im Falle einer Liquidation dazu entschließen sollten, den Betrieb in eigener Regie fortzuführen. Kürzlich habe es ein Gespräch mit einem Betriebsratsvorsitzenden und einem Gewerkschaftsvertreter aus dem Westmünsterland darüber gegeben, ob diese für Beratungsleistungen vorgesehenen Mittel für einen dort in Gefahr befindlichen Betrieb bewilligt werden könnten. Ob sie dann tatsächlich in Anspruch genommen würden, sei gegenwärtig noch offen.

Möglicherweise, so gibt Frau Abg. Thoben (CDU) im Zusammenhang mit den Zuschüssen für Investitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" - Titel 891 30 und 891 40 - zu bedenken, sei die inhaltliche Ausgestaltung des Instruments noch wichtiger als die Dotierung einer solchen Haushaltsposition. Dazu erbitte sie vom Minister seit einigen Monaten schriftlich ganz konkrete Auskünfte, die sie, da die Antwort ausgeblieben sei, nun noch einmal angemahnt habe. Auf ihre diesbezügliche Frage sichert ihr Staatssekretär Vollmer eine konkrete Auskunft noch vor Abschluß der Haushaltsberatungen zu.

In Beantwortung einer Frage von Abg. Skorzak (CDU) führt Leitender Ministerialrat Dr. Becker (MWMT) aus, alle bisher gestellten Anträge, soweit sie entscheidungsreif gewesen seien, hätten bewilligt werden können. Bei Anträgen auf Standardleistungen, die kein besonderes Risiko beinhalteten, würden allerdings gewisse Abschlüsse vorgenommen.

Zu Titelgruppe 62 - Zentrum in Nordrhein-Westfalen für Innovation und Technik GmbH - ZENIT - in Mülheim a.d. Ruhr - möchte Frau Abg. Thoben (CDU) wissen, ob es inzwischen eine weitere Reduzierung der acht Schwerpunktfelder gegeben habe, die ZENIT ursprünglich zugeschrieben worden seien, und, wenn ja, auf welche Felder die ursprünglich geplante Betätigung beschränkt worden sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Ministerialrat Dr. Warnke (MWMT) verweist auf ein dem Ausschuß im vorigen Jahr zugegangenes ausführliches Papier über ZENIT. Das darin niedergelegte Programm werde fortgeführt und habe sich als günstig erwiesen. Zum Beispiel sei der Selbstfinanzierungsanteil inzwischen gestiegen, so daß kein Grund bestehe, das Programm zu ändern.

Frau Abg. Thoben (CDU) fragt nach, ob es sich dabei um die ursprünglich geplante Schwerpunktsetzung handle oder ob sich im Zuge der konkreten Arbeit eine Konzentration auf weniger als diese acht Felder als sinnvoll herausgestellt habe.

Die acht Schwerpunktfelder, so erwidert Ministerialrat Dr. Warnke (MWMT), bestünden auch weiterhin. Im Laufe eines Jahres ergäben sich allerdings - je nachdem, wo Beratungsleistungen nachgefragt würden - schon einmal Schwerpunktverschiebungen; dem Programm nach aber bleibe es bei acht Feldern.

Frau Abg. Thoben (CDU) schließt die Frage an, welche Titelgruppen außer dieser, die die Finanzierung der Institution betreffe, von ZENIT selber in Anspruch genommen werden könnten.

Staatssekretär Vollmer stellt klar, daß ZENIT nicht Titelgruppen in Anspruch nehmen, wohl aber Zuschüsse erhalten könne. Es gebe einige Projekte, bei denen sich das Ministerium des ZENIT bedient und ihm einen Auftrag erteilt habe, der dann auch aus dem betreffenden Programm honoriert worden sei.

Dazu gehöre, so ergänzt Ministerialrat Dr. Warnke (MWMT), das Programm Innovationsassistent und Innovationspraktikant, das aus TPW-Mitteln von ZENIT im Sinne der Projektträgerschaft durchgeführt werde. Dazu gehöre ferner ein Expertenlabor. Außerdem solle eine EG-Beratungsstelle hinzukommen, die partiell aus Mitteln des TPW und partiell aus Mitteln der EG bezahlt werde.

Staatssekretär Vollmer bietet an, gerade über die letztere Einrichtung ausführlicher vortragen zu lassen, um zu demonstrieren, welche Bedeutung ZENIT für die mittelständische Wirtschaft allein durch diese Institution noch haben werde. - Der Vorsitzende bittet, diesen ausführlichen Bericht, der für den Ausschuß von großem Interesse sei, schriftlich zu erstatten.

Die Frage von Frau Abg. Thoben (CDU) nach Querverbindungen zwischen ZENIT und dem Programm Zukunftstechnologien beantwortet Ministerialrat Dr. Warnke (MWMT) dahin gehend, daß es Querverbindungen nur bei einzelnen Projekten, wie etwa den Expertensystemen, gebe, sonst nicht.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) bittet darum, hier zu gegebener Zeit die Unterschiede zwischen TPW und TPZ zu erläutern und dabei deutlich zu machen, daß - wie Staatssekretär Vollmer ausdrücklich feststellt - TPW und TPZ nicht in einen Topf geworfen würden.

Im Zusammenhang mit Titelgruppe 66 - Verbraucheraufklärung, Verbraucherberatung, Verbraucherschutz - bezieht sich Frau Abg. Thoben (CDU) auf immer wieder vorgebrachte Klagen, daß aufgrund der angespannten Haushaltslage der Ausbau des Beratungsnetzes entweder gar nicht oder weitaus schleppender vonstatten gehe, als man sich das eigentlich wünschen könnte. Sie richtet an die Landesregierung die Frage, ob diese Art von Zentrale möglicherweise einen Wasserkopf habe und ob man, um den Beratungsbedürfnissen vor Ort stärker entgegenzukommen, dezentralisieren könnte.

Frau Dipl.-Soz. Broll (MwMT) erwidert, leider könne sich die Landesregierung damit nicht beschäftigen, weil die Verbraucherzentrale ein eingetragener Verein sei und ihre Mittel so verwalte, wie sie es für richtig erachte.

Frau Abg. Thoben (CDU) entgegnet, eine solche Antwort könne sie nicht akzeptieren; denn wenn Mittel des Steuerzahlers in erheblichem Umfang zur Verfügung gestellt würden, dann müsse der Ausschuß auch mit darüber diskutieren können, von welchen Voraussetzungen bei der Verwendung man ausgehe.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß dies in der Vergangenheit verschiedentlich geschehen sei, indem der Ausschuß die Verbraucherzentrale besucht oder mit dem Geschäftsführer im Ausschuß diskutiert habe. Insbesondere über neu auf die Verbraucherberatung zukommende Aufgaben sei jeweils ausführlich im Ausschuß gesprochen worden. Einer aktualisierten Tätigkeitsbeurteilung der gesamten Verbraucherberatung Nordrhein-Westfalens durch den Ausschuß stehe allerdings nichts entgegen.

Abg. Sommerfeld (SPD) unterstützt diesen Vorschlag und regt an, gelegentlich wieder einmal den Vorstand der Verbraucherberatung im Ausschuß zu hören. Im Übrigen seien die Fraktionen herzlich eingeladen, selbst zur Verbraucherzentrale zu gehen. Als positiv sei anzumerken, daß durch die Erhöhung der Ansätze im Einzelplan 08 sowohl 1986 als auch 1987 neue Beratungsstellen hätten eröffnet werden können, woran es einige Jahre zuvor gehapert habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Er könne auch nicht die Meinung von einem möglichen "Wasserkopf" teilen; denn die Verbraucherzentrale habe schließlich zusätzliche Aufgaben im Rahmen der Schuldenberatung übernommen, und die in der Diskussion befindliche zunehmende Verschuldung der Bürger erfordere verständlicherweise einen erhöhten Personalaufwand. - Der Vorsitzende merkt an, daß auch die Umweltberatung als Aufgabe hinzugekommen sei.

Nach Auffassung von Abg. Heinemann (Enger) (CDU) ist es die Zentrale wert, vom Wirtschaftsausschuß im Rahmen seiner Möglichkeiten einmal wieder kontrolliert zu werden. Er bitte deshalb um einen Bericht über die Arbeit der Verbraucherberatung, insbesondere der Zentrale. Darin sollten auch die in der Zentrale erstellten Broschüren mit Titel, Auflagenhöhe und Kosten aufgeführt sein; denn ihn interessiere, ob die Arbeit derjenigen, die diese Schriftstücke verfaßten, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Arbeit der Verbraucherzentrale gesehen werden könne.

Der Vorsitzende regt an, diese Fragen bei einem Besuch der Zentrale zu diskutieren.

Staatssekretär Vollmer geht davon aus, daß Frau Abg. Thoben (CDU) keinen begründeten Anlaß zu der Annahme habe, bei der Zentrale gebe es einen Wasserkopf; selbstverständlich aber werde das Ministerium diese Frage im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten noch einmal prüfen.

Nach seinem persönlichen Eindruck von der Arbeit der Verbraucherzentrale, insbesondere in den letzten fünf Jahren, bestehe dort keine Überorganisation; er halte deren Arbeit vielmehr für ausgesprochen effektiv.

Frau Dipl.-Soz. Broll (MWMT) weist darauf hin, daß auch der Landesrechnungshof bei einer vor zwei Jahren vorgenommenen Überprüfung keinen Grund zu Beanstandungen gesehen habe.

Abg. Westermann (SPD) betont, daß die Verbraucherzentrale keine Landeseinrichtung, sondern ein eingetragener Verein sei, der dem Vereinsrecht unterliege, das seinerseits Kontrollmöglichkeiten wie Mitgliederversammlungen und dergleichen vorsehe. Insofern wäre die Kritik an einem möglichen Wasserkopf eine Kritik an der dort nach Vereinsrecht geübten Selbstverwaltung.

Er halte die von Frau Abg. Thoben (CDU) aufgeworfene Frage auch deshalb für unangemessen, weil es im Landeshaushalt sehr viele Zuwendungsempfänger, darunter auch Dauerzuwendungsempfänger, gebe, ohne daß jeweils im einzelnen nach ihrer Organisation und nach möglichen "Wasserköpfen" gefragt werde.



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Abg. Skorzak (CDU) widerspricht dieser Meinung mit dem Hinweis darauf, daß immerhin zwei Drittel der Ausgaben der Verbraucherzentrale durch das Land finanziert würden, so daß man schon ein Recht zu Rückfragen habe.

Frau Abg. Thoben (CDU) hält es für wichtig, sich in bestimmten Zeitabständen einen Überblick darüber zu verschaffen, was das Schwergewicht der Tätigkeit der Zentrale in Düsseldorf ausmache und ob dies dem entspreche, was sie bisher als den gemeinsamen politischen Willen dieses Ausschusses verstanden habe: Zuarbeit in fachlich komplizierten Fragen für die konkrete Beratung vor Ort. Es entspräche nicht ihrem Verständnis der Zentrale, wenn sich dort eine Quasi-Gutachtenabteilung oder ein wissenschaftliches Betätigungsfeld verselbständigte und mit eigenen Veröffentlichungen zumindest nicht unmittelbar erkennen ließe, daß sie etwas mit der konkreten Beratung vor Ort zu tun hätten.

Der Ausschuß bittet das Ministerium um einen schriftlichen Bericht zum Stand der Verbraucherberatung in Nordrhein-Westfalen mit einer Beurteilung durch die Landesregierung. Der Ausschuß bittet darüber hinaus die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen um eine aktuelle Darstellung ihrer Arbeit und kommt ferner überein, die sich aus diesen Berichten ergebenden Fragen bei einem Besuch der Verbraucherzentrale zu erörtern.

Bei Titelgruppe 68 - Zuschüsse für die Bereitstellung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche - geht Frau Abg. Thoben (CDU) auf den Berufsbildungsbericht ein, in dem von Jahr zu Jahr die Notwendigkeit einer regionalisierten Betrachtung herausgearbeitet werde, weil sich die Defizite und Überschüsse in den einzelnen Teilen des Landes unterschiedlich darstellten.

Sie fragt, ob aus den regional unterschiedlichen Situationen Konsequenzen gezogen und etwa Kriterien eingeführt worden seien, wonach sich die Vergabe dieser Mittel auf bestimmte Regionen konzentriere, oder ob die Vergabe in allen Teilen des Landes nach denselben Kriterien erfolge.

Ministerialrat Kämpgen (MWMT) erläutert, in den vergangenen Jahren habe man eine derartige Regionalisierung nicht vorgenommen und auch gar nicht vornehmen können, weil die Ausbildungsplatzsituation überall schlecht gewesen sei und es keine auch nur zahlenmäßige Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage gegeben habe. In diesem Jahr hielten sich erstmals in vier Arbeitsamtsbezirken Angebot und Nachfrage in etwa die Waage.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Im übrigen machten die eingeplanten neu beginnenden Fördermaßnahmen nicht mehr die großen Zahlen aus, die man in den vergangenen Jahren gehabt habe. Der Minister schließe nicht aus - und habe entsprechende Vorsorge getroffen -, daß im Rahmen der Förderung von Sonderausbildungsgruppen, der größten Fördermaßnahme, in diesem Haushaltsjahr eine Konzentration auf besonders belastete Gebiete erfolgen werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, ob unter solchen Voraussetzungen nicht zu befürchten sei, daß die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter ein lebhaftes Interesse an einer ganz bestimmten Darstellung der Defizite bekämen, damit die Region weiterhin Anträge im Rahmen solcher Programme stellen könne.

MR Kämpgen (MWMT) erwidert, er unterstelle der Arbeitsverwaltung, daß sie ihre Daten ordnungsgemäß verwalte. Staatssekretär Vollmer fügt hinzu, wenn unzutreffende Daten verwendet würden, dann unterliege es der Prüfinstanz des Ministeriums, dies festzustellen.

Das Problem liegt nach Ansicht von Frau Abg. Thoben (CDU) in der Bereinigung der Statistiken durch die Arbeitsverwaltung. Diese Bereinigung erfolge nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre recht unterschiedlich schnell. Wenn man nun die Zugangsmöglichkeiten zu den Projekten an das nach der amtlichen Statistik ausgewiesene Defizit knüpfe, dann habe sie die Sorge, daß sich die Bereinigung der Statistik noch verzögern könnte. Sie möchte wissen, ob die Landesregierung sich mit diesem Problem auch schon einmal befaßt habe und zu welcher Bewertung sie dabei gekommen sei.

Man werde sich mit diesem Problem im Zuge der Auswertung der Statistiken befassen und darauf achten, daß keine falschen Zahlen verwendet würden, erklärt Staatssekretär Vollmer. Das Problembewußtsein sei, wie sich aus seinen und den Ausführungen von MR Kämpgen ergebe, vorhanden.

MR Kämpgen (MWMT) sieht es als einen wesentlichen Erfolg der Berufsbildungsberichte an, daß der in früheren Jahren immer wieder aufgebrochene Streit über die Korrektheit der von der Arbeitsverwaltung wiedergegebenen Zahlen beendet worden sei.

Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß sich diese Aussage auf einen Zeitpunkt beziehe, zu dem an diese Zahlen noch nicht der Zugang zu den Fördermitteln geknüpft worden sei. - Der Staatssekretär gibt zu bedenken, ob das Mißtrauen der Abgeordneten gegenüber der Arbeitsverwaltung nicht zu ausgeprägt sei. Frau Abg. Thoben (CDU) erwidert, sie unterstelle regionale Interessen und könnte sich vorstellen, daß man sich in Wahrnehmung dieser regionalen Interessen sehr schnell einig würde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Staatssekretär Vollmer kündigt daraufhin an, er werde mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes ein Gespräch führen und ihm die von Frau Abg. Thoben (CDU) geäußerten Sorgen vortragen.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) möchte wissen, ob es sich bei den in den Haushaltserläuterungen unter Ziffer 7 aufgeführten Einrichtungsinvestitionen in Höhe von 2,5 Millionen DM um bereits bestehende oder um neue Einrichtungen handle.

MR Kämpgen (MWMT) macht deutlich, daß es sich um für 1988 neu einzurichtende vollzeitschulische Ausbildungsgänge handle. Hinsichtlich des Bedarfs sei der Wirtschaftsminister auf die Angaben des Kultusministers angewiesen.

Abg. Skorzak (CDU) erkundigt sich, ob trotz der Ansatzkürzung bei Titelgruppe 73 - Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung -, aus der unter anderem die Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten gefördert werde, auch im Jahre 1988 Anträge solcher beruflicher Ausbildungsstätten, die ihre Ausstattung verbessern wollten, befriedigt werden könnten. Ihm sei bekannt, daß diese Ausbildungsstätten in der Regel nicht mit den modernsten Techniken ausgestattet seien und insofern ein großer Bedarf bestehe. Deshalb wundere ihn die Ansatzkürzung; eher hätte man eine Ansatzserhöhung erwarten können.

MR Kämpgen (MWMT) erläutert, die Reduzierung des Investitionstitels um 3 Millionen DM sei allein darauf zurückzuführen, daß bei den Sonderausbildungsgruppen in den vergangenen Jahren ergänzende Investitionshilfen ebenfalls geleistet worden seien. Da man die Förderzahlen gekürzt habe, hätten dementsprechend auch die Mittel für Investitionen gekürzt werden müssen.

Zu Titelgruppe 75 - Förderung der Außenwirtschaft und von Auslands- und Inlandsmessen - erinnert Frau Abg. Thoben (CDU) an die von den Handwerksorganisationen geäußerten Erwartungen in bezug auf eine Veränderung der Richtlinien. Sie erkundigt sich, ob diese Erwartungen bereits ihren Niederschlag gefunden hätten und ob es aus der Sicht der Landesregierung bei Zugrundelegung einer gleichhohen Beschäftigtenzahl Unterschiede zwischen Handwerks- und Industrieunternehmen gebe.

Staatssekretär Vollmer teilt mit, daß der Landesregierung die Vorstellungen des Handwerks bekannt seien. - Der Unterschied bestehe darin, daß ein großer Teil des Handwerks Güter herstelle, die für den Export nicht so geeignet seien wie die der Industrie. Und der

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Teil des Handwerks, der für den Export geeignete Produkte herstelle, wie etwa die Zulieferindustrie, setze ungefähr 37 % seiner Produkte im Ausland ab.

Dies alles stärke in der Landesregierung eine Tendenz, an der bisherigen Linie festzuhalten; eine Entscheidung, ob in 1988 eine Änderung vorgenommen werde, sei aber noch nicht getroffen.

Abg. Apostel (SPD) legt dar, daß seine Fraktion die Intentionen des Handwerks zu unterstützen gedenke, weil ihr das, was vom Handwerk vorgetragen worden sei, schlüssig erscheine. Allerdings müsse einer eventuellen Änderung eine sorgfältige Prüfung vorausgehen. Wenn die Regierung den Vorstellungen des Handwerks aus fachlich-sachlichen Gründen nicht folgen könne, dann bitte er die Landesregierung um eine Erläuterung, warum das Handwerk aus ihrer Sicht falsche Vorstellungen verfolge.

Das Handwerk gehe beispielsweise von einer "Treibriemenfunktion" aus und vertrete den Standpunkt, daß man diejenigen, die neu für einen späteren Export in Betracht kämen, zunächst einmal bei der Eröffnung internationaler Marktplätze im Inland unterstützen müsse, um auf diese Weise langsam den Export vorzubereiten. Es gehe also nicht so sehr um die weitere Unterstützung der bereits Exportierenden, sondern um diejenigen, die möglicherweise neu für Exportaufgaben gewonnen werden könnten.

Der Vorsitzende verweist auf die vom Handwerk vorgetragene Idee, mit Handwerkergemeinschaftsständen für vielleicht drei Jahre auf Inlandsmessen vertreten zu sein, um dann den Sprung ins Ausland zu wagen.

Staatssekretär Vollmer weist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der F.D.P.-Fraktion Drucksache 10/2475 hin, der ebenfalls in der nächsten Zeit eine Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Thema erfordere.

Abg. Westermann (SPD) geht von der gemeinsamen Überzeugung des Ausschusses aus, daß das Ausstellungs- und Messewesen insofern wichtig sei, als es der Verkaufsförderung und damit der Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen diene.

Im Haushalt fänden sich hier und da Haushaltsansätze, die Investitionszuschüsse für bestimmte Messengesellschaften oder einzelne Objekte betreffen. Er hielte es für sinnvoll, im Ausschuß einmal die gesamte Messekonzeption des Landes für In- und Auslandsmessen zu diskutieren. - Staatssekretär Vollmer sagt zu, dem Ausschuß sobald wie möglich einen Bericht zur Messekonzeption des Landes Nordrhein-Westfalen vorzulegen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

In Beantwortung entsprechender Fragen von Frau Abg. Thoben (CDU) führt Staatssekretär Vollmer aus, für das Jahr 1988 plane die Landesregierung kein der Landesausstellung in Moskau vergleichbares Großprojekt; für die nachfolgenden Jahre gebe es Überlegungen, die auf eine zweite Großausstellung hinauslaufen könnten.

Der Vorsitzende erinnert an den Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR in Nordrhein-Westfalen, in dessen Verlauf man auch auf die Möglichkeit zu sprechen gekommen sei, als Land Nordrhein-Westfalen in der DDR aktiv zu werden. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Landesregierung ihre Überlegungen dem Ausschuß rechtzeitig mitteilen werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) betont, daß die DDR aus bundesrepublikanischem Verständnis kein Ausland sei und daß dort im übrigen zweimal im Jahr die große Leipziger Messe unter erheblicher Beteiligung nordrhein-westfälischer Unternehmen stattfinde.

Sie fragt, ob die Landesregierung bei ihren Überlegungen über eine weitere Großausstellung schon ein bestimmtes Land ins Auge gefaßt habe.

Die Außenwirtschaftsförderung, so erläutert Staatssekretär Vollmer, habe bestimmte Schwerpunkte, und die Länder, in denen diese Schwerpunkte von der Landesregierung gesehen würden, würden in die nähere Betrachtung einbezogen. Einzelne Länder würde er im jetzigen Stadium wegen der damit auch auf diese Länder ausgehenden Außenwirkung nur sehr ungern nennen.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) weist darauf hin, daß aus Titel 534 75 - Aufwendungen zur Durchführung von Aktivitäten zur Förderung der Außenwirtschaft im Ausland und Inland - im Jahre 1986 nur 120 000 DM abgeflossen und der Haushaltsansatz 1988 gegenüber dem Vorjahr um 256 000 DM zurückgenommen worden sei, weil dafür offensichtlich kein Bedarf bestehe. Gleichzeitig sei der Ansatz in Titel 685 75 - Zuschüsse für die Förderung der Außenwirtschaft - um 256 000 DM erhöht worden, weil die Aktivitäten offenbar auf die Außenwirtschaftsförderung konzentriert werden sollten.

Staatssekretär Vollmer stimmt dieser Schlußfolgerung zu. - Leitender Ministerialrat Philipsen (MWMT) führt hierzu im einzelnen aus, man habe versucht, die Maßnahmen mit unmittelbar wirtschaftsförderndem Charakter, wie Messen, Beratungswesen, Symposien, stärker zu berücksichtigen; dagegen betreffe der um 256 000 DM reduzierte Titelansatz kleinere, nicht unmittelbar wirtschaftsfördernde Aufgaben.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) drückt seine Verwunderung darüber aus, daß nach seinem Verständnis dann offenbar kein Interesse an inländischer Messesförderung bestehe.

LMR Philipsen (MWMT) stellt klar, daß insbesondere bei kleinen und Kleinstunternehmen auch Interesse an Messesförderung im Inland bestehe. Im Arbeitskreis Außenwirtschaft habe man aber bei der Konzeptionsentwicklung den Gedanken aufgegriffen und bisher auch durchgehalten, die Förderung auf schwierige Märkte zu konzentrieren, weil sich gerade in den Ländern, in denen der Marktanteil der hiesigen Wirtschaft nicht sehr groß und die Eintrittsbarrieren für mittelständische Unternehmen besonders hoch seien, eine staatliche Förderung eher rechtfertigen lasse als beispielsweise in benachbarten Inlandsmärkten, die der Unternehmer auch alljährlich im Urlaub besuchen könne.

#### Kapitel 08 040 - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen und rationelle Energieverwendung

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) erinnert daran, daß es in der Staatskanzlei einmal Überlegungen hinsichtlich einer gewissen Kurskorrektur - unter anderem auch Bündelung von Maßnahmen und Schwerpunktsetzung - gegeben habe. Die F.D.P. habe erwartet, daß dabei auch einmal Konzepte überdacht würden. Das aber könne man am Haushalt bis zu diesem Punkt - und das sei der Grund für seine bisherige Zurückhaltung in der Diskussion - nicht erkennen; vielmehr seien sogar Haushaltspositionen, aus denen im vorigen Jahr keine Mark abgeflossen sei, einfach fortgeschrieben worden. Im Laufe der Sitzung sei ja auch auf die Kontinuität in der Wirtschaftspolitik verwiesen worden.

Bei den jetzt folgenden Technologieprogrammen aber sei das genaue Gegenteil festzustellen: Diese Programme würden im Jahre 1988 um 26,3 % zurückgefahren. Angesichts einer solchen Kürzung könne man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen; denn wenn das Land umstrukturiert werden solle, dann sei es ein Unding, ausgerechnet Technologieprogramme in einer solchen Größenordnung zu kürzen.

Wenn jetzt der Hinweis kommen sollte, daß die Kürzung ihren Schwerpunkt im Bereich der Energie habe, so könne auch dies nicht im Interesse des Landes liegen; denn Technologiepolitik im Bereich der Energie könne nicht ausschließlich aus gewöhnlicher Kohleforschungspolitik bestehen. Gerade in der Hochtemperaturtechnik ließen sich viele Projekte fördern.

Die F.D.P. halte den Haushalt deswegen gerade in diesem Bereich für nicht akzeptabel und bitte den Wirtschaftsminister um Auskunft, welches Konzept hinter einer derartigen Kürzung dieser Programme stehe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Abg. Westermann (SPD) widerspricht der pauschalen Kritik von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.). Bei näherem Hinsehen erkenne man, daß einzelne Titel aufgestockt, andere dagegen reduziert worden seien.

Eine bedeutende Position sei zum Beispiel das Auslaufen des Fernwärmeprogramms. Die SPD hätte sich gewünscht, daß dieses Programm mit dem Ziel, Energie wirtschaftlich einzusetzen, möglicherweise sogar einzusparen und dabei auch noch der Umwelt zu nützen, fortgesetzt worden wäre, und sie ermutige den Minister auch dazu; bekanntlich aber sei ursächlich dafür das Auslaufen des Bund-Länder-Programms.

Zugegebenermaßen komme man beim Technologieprogramm Energie allmählich von großen Positionen herunter; andererseits aber seien gerade im Bereich der rationellen Energieverwendung andere, auf neue und erneuerbare Energien ausgerichtete Programmteile auch wieder ausgeweitet worden.

Die Reduzierungen seien also teilweise bewußt vorgenommen und auch durch politisches Handeln in Bonn veranlaßt worden, teilweise aus sachlichen Notwendigkeiten heraus erfolgt. Demgegenüber würden andere Bereiche, die man für sinnvoll erachte, aufgebaut. In dieser Richtung habe man gerade im letzten Jahr einen Anfang gemacht, indem Mittel für rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energiequellen zur Verfügung gestellt worden seien. Auch der Ergänzungshaushalt bestätige, daß in diesem Bereich Schwerpunkte gesetzt würden.

Zum Stichwort "rationelle Energieverwendung" verweist Frau Abg. Thoben (CDU) auf die dem Ausschuß zugegangene Vorlage 10/1266, in der eine weitere neue Institution angekündigt werde. Sie fragt, was diese noch zu gründende "Energieagentur" bewirken solle, ob sie mit anderen Einrichtungen im Lande zusammenarbeiten oder Teile von deren Arbeit übernehmen solle und ob möglicherweise auch noch dezentrale Stellen dieser Agentur vorgesehen seien.

Der Vorsitzende teilt mit, daß er diese Vorlage wegen ihrer Bedeutung ohnehin in eine der nächsten Tagesordnungen aufzunehmen gedenke.

Ministerialrat Beilmann (MWMT) erklärt, die Landesregierung habe es für erforderlich gehalten, dieses Programm nicht nur über das Ministerium selbst, sondern möglichst dezentral abzuwickeln. Dabei schließe er nicht aus - und dies werde in nächster Zeit mit allen in Betracht kommenden Stellen, wie zum Beispiel Industrie- und Handelskammern sowie Verbraucherzentralen, zu erörtern sein -, daß dies eine neue zentrale Institution werde; aber es gehe vor allem darum, daß das Programm letztlich unter Nutzung all der in diesen Feldern bereits tätigen Institutionen laufen werde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Der in der Vorlage verwandte Begriff "Energieagentur" sei zwar mehr als ein Arbeitstitel, bedeute aber keinesfalls schon eine Festlegung auf eine neue, rechtlich selbständige zentrale Institution, weil es zunächst der Erörterung mit all den Stellen bedürfe, die jetzt bereits in der Energieberatung jeweils für ihren Aufgabenbereich tätig seien. - Eine Stellenplanvorstellung, so fügt er auf eine entsprechende Zusatzfrage von Frau Abg. Thoben (CDU) hinzu, gebe es zur Zeit eben deshalb noch nicht.

Auf den vorhergehenden Diskussionsbeitrag von Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) geht Minister Dr. Jochimsen wie folgt ein:

Die erwähnten 26 % wolle er zwar jetzt nicht in Zweifel ziehen, aber er könne sie auch nicht nachvollziehen. Auf jeden Fall müsse man dabei aber berücksichtigen, daß in dem Bund-Länder-Programm der Ansatz von der Bundesseite her auf Null gesetzt werde und daß das Land sein Programm Fernwärme aufstocken müsse, um einen Ausgleich zu schaffen, wenn der Bund hier seine Aufgaben nicht wahrnehme.

Im übrigen seien sowohl das "Technologieprogramm Wirtschaft" als auch das "Programm Zukunftstechnologien" aufgestockt worden. Dagegen seien das "Technologieprogramm Bergbau", das "Technologieprogramm Metallische Werkstoffe" und das "Technologieprogramm Energie" zurückgefahren worden, letzteres, weil die in den 70er Jahren gesetzten Prioritäten zum Bau von Pilot- und Demonstrationsanlagen geführt hätten und die gesetzten Ziele erreicht oder eben auch nicht erreicht worden seien. Er könne nichts daran finden, wenn ein Programm, das seine Aufgaben erfüllt habe, dann wieder zurückgefahren werde.

Bei einer sorgfältigen Prüfung komme man zu dem Ergebnis, daß es im Bereich des Technologieprogramms Energie einen weiteren Handlungsbedarf gebe, daß aber ein paar große Projekte ausliefen und es vernünftig sei, die Prioritäten stärker auf die rationelle Energieverwendung zu setzen und die Entwicklung der Kraftwerkstechnik für die Kohlenutzung weiter auszubauen.

Das Technologieprogramm Energie solle ja schließlich auch nicht gestrichen, sondern nur auf einem niedrigeren, aber immerhin noch respektablem Niveau von rund 70 Millionen DM im Jahr fortgeführt werden.

Das "Technologieprogramm Metallische Werkstoffe" sei das Programm des Landes, das Anfang der 80er Jahre als ein Ergebnis der Ruhrkonferenz von Castrop-Rauxel zur Förderung der Stahlindustrie, insbesondere auch der Großunternehmen, aufgelegt worden sei. Auf diese Weise habe das Land der Stahlindustrie weit über 100 Millionen DM zur Modernisierung und Innovation zukommen lassen können.



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Ab Ende 1988 werde es der Subventionskodex verbieten, diese Förderung fortzusetzen. Deswegen habe man es auf metallische Werkstoffe umgestellt. Auch dieses Programm solle fortgeführt, dabei aber stärker die Kooperation mit mittelständischen Unternehmen in den Vordergrund geschoben werden. Er vermöge nicht einzusehen, daß eine Kürzung um 2,8 Millionen DM als das Ende dieses Programms angesehen werde.

Diese Entwicklungen spiegelten sich im Haushaltsplanentwurf 1988 in einer vernünftigen Weise wider. Einig sei man sich sicher in dem Wunsch nach mehr Haushaltsmitteln für die Technologieprogramme. Wenn jemand innerhalb des Einzelplans 08 Möglichkeiten dazu sähe, wäre er für entsprechende Vorschläge dankbar.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) hält dem entgegen, das Auslaufen von Projekten sei schließlich noch kein Konzept - und er habe nach dem Konzept gefragt.

Er stelle mit Bedauern fest, daß die Landesregierung ein drastisches Zurückfahren der Finanzmittel für die Technologieprogramme in Kauf nehme. Seines Erachtens hätte man auch daran denken können, Haushaltsmittel aus anderen Programmen umzuschichten. Auch er hätte Verständnis dafür, wenn ein Großprojekt für ein Jahr hätte zurückgefahren werden müssen. Hier aber komme es auf die Signalwirkung an, die davon ausgehe, daß die Technologieprogramme in der Summe zurückgefahren würden - und gerade dies könne Nordrhein-Westfalen in der augenblicklichen Situation nicht vertragen.

Beim Aufruf der Titelgruppe 74 - Technologieprogramm NRW, Programmbereich "Programm Zukunftstechnologien" - erinnert Frau Abg. Thoben (CDU) an ihre im Zusammenhang mit der Diskussion über ZENIT ausgesprochene Bitte, ihr den Unterschied zwischen TPW und TPZ zu erläutern.

LMR Schöde (MWM) weist in seiner Antwort darauf hin, daß es seit 1984 keinerlei Änderung gegeben habe: Das Technologieprogramm Wirtschaft richte sich in erster Linie an marktnahe kleinere Projekte vorwiegend junger und kleiner Unternehmer sowie von Gründern. Das Technologieprogramm Zukunftstechnologien habe die Möglichkeit eröffnet, größere, schwierigere, eher marktfernere Vorhaben auch mittlerer Unternehmen mit in die Förderung einzubeziehen. Es sei ein besonderer und von allen daran Beteiligten anerkannter Vorzug beider Programme, daß sie sich auf das gleiche Regel- und Richtlinienwerk stützten.

Unter Bezugnahme auf jüngst erschienene Presseberichte über das "Programm Zukunftstechnologien" betont er, daß das Ministerium keinesfalls steuere und etwa festlegen würde, bei welchen Projekten es sich um eine Zukunftstechnologie handle oder nicht. Viel-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

mehr seien entsprechend internationalen Diskussionen und Maßstäben acht Technologiefelder - wie etwa die Mikroelektronik, die Informations- und Kommunikationstechnik, die Meß- und Regeltechnik, die Umwelttechnik - benannt worden.

Innerhalb dieser Technologiefelder würden die Projekte danach beurteilt, ob sie den Anforderungen der Richtlinien entsprächen, ob es sich um eine Neuheit, um eine Schwierigkeit, um ein Vorhaben handele, das geeignet sei, dem betreffenden Unternehmen einen Markterfolg zu gewährleisten.

Es gebe keinerlei Regimewechsel und keinerlei andere Beurteilung, als sie auch beim Technologieprogramm Wirtschaft vorgenommen worden sei und vorgenommen werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) erwidert, ihrer Erinnerung nach habe sich die Regierungserklärung von 1984 vollkommen anders angehört, nämlich so, daß das TPZ etwas völlig Neues habe sein sollen. Nach Darstellung von MR Beilmann bestehe der Neuheitsgrad des TPZ nun aber lediglich darin, daß danach auch mittlere und größere Unternehmen gefördert werden könnten, während das Technologieprogramm Wirtschaft mittelstandsorientiert gewesen sei, und daß die unter das TPZ fallenden Projekte marktferner sein könnten.

LMR Schöde (MWMT) vermutet, der Hinweis von Frau Abg. Thoben (CDU) auf die Regierungserklärung von 1984 beziehe sich auf seine Aussage, daß nicht gesteuert werde; denn in der Tat finde sich in dieser Regierungserklärung keine Andeutung, daß die Regeln beim TPZ andere sein sollten als die beim TPW.

Er habe klarzumachen versucht, daß das TPZ die Möglichkeit gegeben habe, mit den zusätzlichen Mitteln in den acht Technologiefeldern auch größere und schwierigere, eher marktfernere Projekte und solche auch bei mittleren Unternehmen zu fördern. Das Regelwerk sei identisch.

Natürlich hätte man diese Förderung auch aus dem TPW durchführen können. Es sei aber doch gerade der besondere Vorzug, daß man nicht neue Regeln zur Abwicklung der Projekte habe erfinden müssen, sondern daß die zusätzlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel auf diesen acht Technologiefeldern zu zusätzlichen Projektförderungen führen könnten, die sich von dem TPW in ihrem Schwierigkeitsgrad und damit naturgemäß auch in ihrer Relevanz für den Markt unterschieden.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, wie häufig die Beiräte für die acht Technologiefelder, die Bestandteil dieses Programms seien, zusammenträten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Die Beiräte tagen nach Auskunft von LMR Schöde (MWMT) entsprechend der ihnen zugewiesenen Aufgabe immer dann, wenn es erforderlich ist, sie zur konkreten Beratung über ein Projekt heranzuziehen. Sie hätten von Beginn des Programmes an keine Entscheidungsgewalt, sondern seien Gutachter, die das Ministerium beraten sollten; die politische und haushaltsrechtliche Verantwortung träge der Minister.

In einigen Beiräten habe sich darüber hinaus eine programmatische Diskussion entwickelt. So habe im Beirat Informations- und Kommunikationstechnologie der Vertreter der Wirtschaft angeregt, eine etwas grundsätzlichere Diskussion über die Bedeutung von Kommunikationstechnologien zu führen. Daraufhin habe der Beirat dem Minister vorgeschlagen, eine entsprechende Studie zu vergeben. Dies sei geschehen.

Im Beirat Mikroelektronik beispielsweise sei diskutiert worden, ob nicht die Tätigkeit von ZENIT genutzt werden könne, den Technologietransfer im Bereich der Mikroelektronik zu intensivieren. Daraus sei das Projekt "Mikroelektronik in Nordrhein-Westfalen" entstanden, das jetzt von ZENIT als Projektträger abgewickelt werde.

Insofern hätten einige Beiräte auf eigenen Wunsch über die unmittelbare Begutachtung von Projekten hinaus auch eine Sachdiskussion geführt, die sich als sehr fruchtbar erwiesen habe.

Abg. Skorzak (CDU) verweist auf einen Ende Oktober in der "Zeit" erschienenen ganzseitigen Artikel "Die digitale Diktatur", in dem auf eine Arbeit aus dem zu 100 % vom Land Nordrhein-Westfalen finanzierten SoTech-Programm Bezug genommen werde. In dieser Arbeit werde auf über 1 000 Seiten dargelegt, wie nachteilig und von welchem großen Übel die IuK-Technologien für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft seien; vor diesen Technologien werde ausdrücklich gewarnt.

Ihn interessiere, was der Technologieminister des Landes dazu sage, wenn Nordrhein-Westfalen durch das SoTech-Programm in der Bundesrepublik ein technologiefeindliches Image bekomme oder wenn dieses möglicherweise schon vorhandene Image durch solche Arbeiten noch ganz erheblich verstärkt werde, und ob nicht auch die Arbeit des Ministers dadurch konterkariert werde.

Minister Dr. Jochimsen betont, daß er diesen Artikel mit großem Interesse gelesen habe. Es handele sich dabei um die Referierung von Gutachten, die im Rahmen des SoTech-Programms vergeben worden seien. Es sei das Wesen von Gutachten, daß man nie vorher wisse, was dabei herauskomme. Keinesfalls könne aus dem Inhalt von Gutachten auf die politische Meinung von Ressortministern oder Regierungen geschlossen werden.

Die Studie sei gestern öffentlich vorgestellt worden. Arbeitsminister Heinemann und er hätten dazu eine Erklärung abgegeben, die er den Ausschußmitgliedern verteilen lassen werde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Nach seiner Überzeugung stellten die Informations- und Kommunikationstechniken hinsichtlich des Zusammenwachsens von Datentechnik und Nachrichtentechnik vielfältige Herausforderungen. Dabei seien auch die berechtigten Fragen zu beachten, die sich unter den Stichworten "Datenschutz" und "Verwundbarkeit unserer Industriegesellschaft" beim Zusammenwachsen dieser Netze und Systeme ergäben. Die im Gutachten gegebenen Antworten halte er so nicht für überzeugend; aber sie seien wesentliche Hinweise darauf, daß auf diesem Sektor Aufgaben erfüllt werden müßten. Und dies sei auch eine Herausforderung an die Technikgestaltung.

Er habe in der Landesinitiative "TELETECH NRW 90", die er gemeinsam mit den Oberpostdirektionen und deren Betriebsräten, mit den Industrie- und Handelskammern, den Herstellern und weiteren interessierten Persönlichkeiten gestartet habe, die Aufgabe gestellt: Wie kann man die Daten- und Nachrichtentechnik so verbessern, daß der Datenbruch technisch ausgeschlossen wird? Es erfülle sicher jeden mit großer Sorge, was alles - und aktuell werde darüber gerade ausführlich aus seinem Heimatland Schleswig-Holstein berichtet - heutzutage zum Beispiel über Autotelefon gespeichert werden könne.

Er sei stolz darauf, daß man hier ein Technologieprojekt auf den Weg gebracht habe, das es überflüssig mache, daß die Post eine gebührenbezogene Erfassung der Gespräche vornehme; denn nur die Gebührenerfassung sei ja die Logik bei den automatischen Gesprächserfassungen, nicht aber die Kontrolle der Menschen. Das zu einer gewissen Reife geführte Projekt mache es möglich, Chips zu entwickeln, von denen dann Gesprächsgebühren abgebucht würden, ohne daß die Post die Gesprächserfassung durchführen müsse.

Es gebe auf diesem Sektor einige Horrorvisionen, die er sich nicht zu eigen mache. Alle Kräfte und alle Parteien im Lande aber müßten entschlossen gegen die Gefahr ankämpfen, daß sich das Individuum in den modernen Nachrichtensystemen völlig vermarktet fühlen müsse. Dazu könne Technologiepolitik beitragen, und dazu habe man mit diesem Projekt einen Beitrag geleistet.

Abg. Apostel (SPD) appelliert an den Fragesteller, durch solche vermutlich einfachen Fragen nicht von vornherein etwas in Mißkredit zu bringen, was er selbst sogar besser wisse, weil er, Abg. Skorzak, ja an den Beratungen in der Kommission "Mensch und Technik" teilgenommen habe.

Es sei das Bemühen der Wissenschaftler gewesen, unter der Überschrift "Bürgerdialog" das gesamte Feld der Kommunikationstechnik auf 1 100 Seiten so aufzuarbeiten, daß man ohne jede Vorinformation an irgendeiner beliebigen Stelle einsteigen, sich informieren und dann möglichst sachkundig mitdiskutieren könne. Wenn man ein solches Verfahren nicht für besonders gut halte,

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

sei dies trotzdem kein Anlaß, den Anschein zu erwecken, als wenn SoTech eine Spielwiese sei, auf der wenig Produktives geleistet werde.

In der Vergangenheit seien viele Technologien in Gang gesetzt worden, von deren Schwierigkeiten und Gefahren man nicht viel gewußt habe. Wenn man sich heute über diese Schwierigkeiten und Gefahren Gedanken mache - ohne damit die Entwicklung von Kommunikationstechnologien verhindern zu können -, dann halte er das für durchaus angemessen; denn die Probleme wirkten mit Fragen, wie lange man vor einem Bildschirm arbeiten könne, wie lange sich der menschliche Geist auf solche Vorgänge konzentrieren könne und wie ausgedehnt die Pausen sein müßten, bis in die alltägliche Praxis hinein.

Abg. Skorzak (CDU) macht geltend, daß er lediglich den zuständigen Minister nach seiner Meinung zu dem Artikel gefragt habe. Denner habe die Befürchtung, daß durch solche und mögliche weitere Arbeiten mit demselben Ergebnis ein negatives Bild über Nordrhein-Westfalen entstehe und daß dann die Bemühungen und guten Absichten der Landesregierung gar nichts wert seien.

Der Vorsitzende merkt an, daß es an positiven Pressemitteilungen über die Technologiepolitik des Landes nicht mangle; er habe in der "Wirtschaftswoche" und anderen Fachzeitschriften viel Positives gelesen.

Abg. Heinemann (Enger) (CDU) knüpft an die Diskussion über TPW und TPZ an und konstruiert den Fall, daß ein Förderungsantrag eines mittleren oder größeren Unternehmens im Rahmen des TPZ abgelehnt, der Antrag eines kleineren Unternehmens mit der gleichen Förderungs idee nach TPW dagegen positiv beschieden werde. Seine Frage, ob ein solcher Vorgang vorstellbar sei, verneint LMR Schöde (MWMT).

Frau Abg. Thoben (CDU) macht darauf aufmerksam, daß das ab 1. Januar 1985 laufende und auf vier Jahre angelegte TPZ 1988 in sein letztes Jahr eintrete. Zwischenzeitlich sei immer wieder angekündigt worden, daß die ursprünglich veranschlagten Mittel von jährlich 60 Millionen DM im Haushalt auftauchen würden. Sie könne beim besten Willen nicht entdecken, daß diese Ankündigung im Haushalt realisiert worden wäre.

LMR Schöde (MWMT) verweist auf die mittelfristige Finanzplanung. Auch in den letzten Haushaltsberatungen habe die Regierung immer wieder darauf hingewiesen, daß das Programm - was auch auf Kri-

tik seitens der Opposition gestoßen sei - langsamer angelaufen sei. Der Finanzminister habe, und zwar auch zum Schutze des Programms, mehrfach erklärt, daß die Mittel voll zur Verfügung stünden. Man wisse heute schon, daß einige Projekte über 1988 hinausgingen; sie würden dann auch über 1988 hinaus abgewickelt.

Frau Abg. Thoben (CDU) hält diese Antwort nicht für ausreichend. Wenn man die entsprechenden Haushaltsansätze aus den Jahren 1985, 1986, 1987 und 1988 addiere, dann bleibe man so weit von der Ankündigung in der Regierungserklärung entfernt, daß sie um Auskunft bitte, in welchem Jahr denn die ursprünglich angekündigte Summe erreicht sein werde.

LMR Schöde (MWMT) antwortet, die Beträge sollten in den Folgejahren zur Verfügung gestellt werden. Er bitte, auch die im Haushaltsplanentwurf 1988 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen mit zu berücksichtigen. Zusammen mit diesen Verpflichtungsermächtigungen nähere man sich in der Tat der politisch angekündigten Größenordnung.

Die Zusatzfrage von Frau Abg. Thoben (CDU), ob demnach die Landesregierung auch nach 1988 noch neue Projekte annehmen werde, bejaht LMR Schöde (MWMT).

Er erinnert sodann daran, daß die Landesregierung wegen des schlep- pendem Starts des Programms im ersten Jahr kritisiert worden sei. Die Landesregierung habe damals geltend gemacht, daß dieses Programm zum Beispiel auch schwierigere Projekte, Projekte der Kooperation unter- schiedlicher Partner, Technologietransferprojekte initiieren solle.

Heute könne man mit Zufriedenheit feststellen, daß dieses Initiieren auf eine ganz hervorragende Weise in Gang gekommen sei. Möglicherweise sei es richtig gewesen, den Start etwas langsamer angehen zu lassen, um auf diese Weise bessere und der Kooperation und dem Technologie- transfer in noch höherem Maße dienende Projekte entstehen lassen zu können.

Insofern sei die Landesregierung überzeugt, daß es gelingen werde, diese Projekte nicht erst 1990, sondern 1988/89 auf den Weg zu brin- gen; da es sich zum Teil um mehrjährige Projekte handele, werde sich die Abwicklung dann bis 1990/91 hinziehen.

Frau Abg. Thoben (CDU) erkundigt sich, bei welchen der benannten acht Technologiefelder die Beiräte weniger als dreimal getagt hätten.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Dies sei bei den Beiräten für Energie und Werkstoffe der Fall, erwidert LMR Schöde (MWMT); der Grund dafür sei, daß es bei den parallel laufenden Programmen Technologieprogramm Energie und Technologieprogramm Metallische Werkstoffe gewisse Überlappungen gegeben habe.

Die Konzentration beim TPZ, wie es sich jetzt darstelle, liege eindeutig in den Bereichen Umwelttechnologie, Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnik, Produktionstechnik, Meß- und Regeltechnik. Dies entspreche dem konkreten Bedarf, und man habe keinen Anlaß gesehen, diesem konkreten Bedarf künstlich entgegenzutreten.

Frau Abg. Thoben (CDU) berichtet von einem Besuch bei der Technologieberatungsstelle des DGB in Oberhausen. Der DGB wolle nach den mit dieser Beratungsstelle gemachten Erfahrungen eine Dezentralisierung vornehmen, um gewissen Schwellenängsten entgegenzuwirken und den Zugang zum Beispiel auch von Betriebsräten zu derartigen Beratungsstellen überall im Lande und nicht nur an einer einzigen Stelle zu ermöglichen. Sie fragt nach der Einstellung der Landesregierung zu solchen Dezentralisierungsabsichten.

LMR Schöde (MWMT) weist darauf hin, daß diese Aufgabe im Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales wahrgenommen werde. Der MWMT begrüße die Absicht des MAGS, dem DGB und seiner Technologieberatungsstelle zu ermöglichen, etwa im Technologiezentrum Hagen auf gemeinsamen Wunsch der Industrie- und Handelskammer Hagen und des örtlichen DGB eine Außenstelle einzurichten. Er könne sich vorstellen, daß, wenn im regionalen Konsens weitere Wünsche dieser Art an das MAGS und den DGB herangetragen würden, der MWMT dies auch weiterhin positiv ideell, also ohne Förderung, begleiten werde.

Aus der bisherigen Arbeit der Technologieberatungsstelle sei ihm bekannt, daß es sich insbesondere bei kleineren Unternehmen sehr günstig ausgewirkt habe, frühzeitig auch Betriebsräte über neue Technologien zu informieren, weil dies den Prozeß der Einführung neuer Technologien erheblich zu vereinfachen vermöge.

Auf Titelgruppe 87 - Rationelle Energieverwendung, Programmbe-  
reich "Förderung der rationellen Energienutzung und alternativer  
Energiequellen" - geht Frau Abg. Thoben (CDU) ein. Wenn man ein Programm zur Förderung der rationellen Energieverwen-  
dung auflege und gleichzeitig der für die Genehmigung von Strom-  
tarifen fachlich zuständige Minister sei, dann stelle sich die  
Frage, welche Rolle nach Einschätzung des Ministers seine Tarif-  
politik im Rahmen einer rationellen Energieverwendung spiele.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Minister Dr. Jochimsen erwidert, er schätze diese Rolle sehr hoch ein. In einem Arbeitskreis der Wirtschaftsministerkonferenz seien gerade langjährige, von Nordrhein-Westfalen angeregte Beratungen über die Möglichkeiten der Strompreispolitik abgeschlossen worden. Dabei sei zum Beispiel über die Frage diskutiert worden, ob im Falle einer Tarifierhebung der Arbeitspreis oder der Grundpreis erhöht werden solle. Dieses Thema habe ja auch schon zu harten Auseinandersetzungen mit einigen EVU geführt, bei denen der zweigliedrige Stromtarif überhaupt in Frage gestellt werde. Andererseits lege eine gewisse Kostenorientierung nahe, bei einer Zweigliedrigkeit zu bleiben.

Im übrigen spiele die Energiepolitik, auch die Steuerpolitik gegenüber Energieträgern eine massive Rolle. Wenn jetzt das Öl und im Gefolge davon das Gas durch die kumulierte Wirkung des Ölpreiskollapses und des Dollarverfalls ganz erheblich verbilligt seien, dann seien alle Anstrengungen hinsichtlich einer rationellen Energieverwendung im Wärmemarkt, aber auch anderenorts in Frage gestellt.

Andere Länder in Westeuropa hätten hier ganz entschieden gegen-gesteuert und den Ölpreisverfall genutzt, um Ölsteuern zu erheben. Zusammen mit einem kleineren Land in Europa sei die Bundesrepublik das Land mit der niedrigsten Besteuerung sowohl für Heizöl als auch für Schweröl.

Die Schwerölbesteuerung selbst bereite großen Kummer beim Kohlepfennig. Denn es stelle sich die Frage, wofür eigentlich Ölausgleich an die EVU gegeben werden müsse und in welcher Form sie schadlos gestellt werden müßten, damit sie nicht wieder auf die Ölnutzung in der Verstromung zurückfielen.

Dies alles habe dazu geführt, daß die Stromtarifgenehmigung im Ministerium organisatorisch wieder in die Abteilung 5 zurückgelegt worden sei, allerdings in die Gruppe "Bergaufsicht, Energierecht" und nicht in die Gruppe, in der das Programm "rationelle Energieverwendung" betreut werde.

Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß es darüber hinaus auch ein internationales Strompreisgefälle gebe. Sie möchte wissen, wie der Minister zwischen den Interessen stromintensiver Branchen und den möglicherweise durch eine Preispolitik zu erzielenden Spareffekten abwäge.

Minister Dr. Jochimsen stellt zunächst heraus, daß die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Strompreisen entgegen dem von interessierten Kreisen seit Jahren erweckten Eindruck keineswegs an der Spitze, sondern eher im Mittelfeld angesiedelt sei; von einem Hochstrompreisland Deutschland könne überhaupt keine Rede sein. Japan beispielsweise lebe seit vielen Jahren mit einem real etwa doppelt so hohen Strompreisniveau.



Daß in einer Situation, in der man sich hierzulande in der Stromversorgung auf Fixinvestitionen einerseits und auf heimische Steinkohle andererseits stützen wolle, ein Ölpreiskollaps anderenorts zu Strompreissenkungen führe - wofür Großbritannien ein Musterbeispiel sei, dessen Regierung gleichzeitig noch massiv eine Abwertung des britischen Pfundes bewerkstelligt habe -, habe allerdings Verschiebungen in der Stellung der Bundesrepublik ergeben.

Hier seien Entscheidungen getroffen worden, die mit langfristigen Investitionsentscheidungen einerseits und mit langfristigen kohle- und energiepolitischen Orientierungen andererseits zusammenhängen und die das Ziel verfolgten, unser Strompreisniveau nicht einfach von der Dollarkurs- und der Ölpreisentwicklung abhängig zu machen. Das sei der Sinn der Entscheidung gewesen, dies langfristig zu organisieren; dann aber dürfe man dem jetzt nicht entgegenhalten, daß es leider keine Flexibilität nach unten gebe.

Was das Strompreisniveau in Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zu den anderen Bundesländern betreffe, so liege es in Nordrhein-Westfalen unverändert unter dem Bundesdurchschnitt. An der Spitze der Bundesländer lägen nach wie vor Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Ausschuß in einer der nächsten Sitzungen Gelegenheit haben werde, das Thema ausgiebiger zu diskutieren. Der vom Ausschuß beschlossene jährliche Bericht der Landesregierung über die Strompreisentwicklung sei bald wieder fällig, und er beabsichtige, die Beratung dieses Berichts mit dem Beginn der Auswertung der Anhörung zu Stromimporten sowie mit der Erörterung des neuen Programms "Förderung der rationellen Energienutzung" zu verbinden.

Der Minister weist darauf hin, daß er nicht die Industrietarife und nicht die Sonderabnehmertarife genehmige, sondern dabei lediglich die Mißbrauchsaufsicht nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausübe. Er habe den EVU immer wieder klargemacht, daß die von ihnen hinsichtlich der Industriestromtarife unter der vermeintlichen Interpretation des § 26 GWB gezogene Folgerung, alles müsse gleichbehandelt werden, nicht zutreffe; der Paragraph enthalte vielmehr lediglich ein Nichtdiskriminierungsgebot. Die von Branche zu Branche unterschiedlichen Tatbestände und die einzelnen Liefererfordernisse aber könnten voll berücksichtigt werden. Seit ein paar Jahren habe die Landesregierung dies den öffentlichen Energieversorgungsunternehmen im Kartellbericht immer wieder massiv vorgetragen.

Was an tatsächlichen Industriestromkosten genommen werde, sei unternehmerischer Spielraum und nicht etwa dem betreffenden Minister zuzurechnen. Er könne hier nur feststellen, daß auf die Vorstellungen der Regierung außerordentlich langsam reagiert werde.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Wenn, wie der Vorsitzende dargelegt habe, das Thema ohnehin demnächst im Ausschuß behandelt werde, dann werde er auch gern über das berichten, was die Wirtschaftsministerkonferenz in Mettlach am 7. Oktober zustimmend zur Kenntnis genommen habe; denn wenn auch der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen worden sei, so gebe es doch unterschiedliche Positionen. Im Tarifbereich sollten bundesweit Modellversuche durchgeführt werden - an denen sich dankenswerterweise auch Stadtwerke aus Nordrhein-Westfalen beteiligen wollten -, damit einige Fragen vernünftig beantwortet werden könnten.

Im übrigen habe er mit großem Interesse festgestellt, daß die Koalitionsvereinbarungen der Bonner Koalition offenbar auch die Aufforderung enthielten, über das Stromtarifgebäude nachzudenken. Er begrüße es, daß man in diesem Bereich endlich wieder einen gewissen Konsens feststellen könne; denn bis dahin sei das vom Bundeswirtschaftsministerium immer rundweg abgelehnt worden.

Abg. Skorzak (CDU) gibt zu bedenken, daß die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen gern an der Spitze der Ausstiegsbewegung aus der Kernkraft in der Bundesrepublik Deutschland stehen wolle. Dann allerdings müßte sie - was aber offensichtlich nicht der Fall sei - auch an der Spitze derjenigen stehen, die alternative Energien förderten. Die Wasserkraftnutzung in Nordrhein-Westfalen ließe sich sicher verdoppeln oder verdreifachen, wenn man die vorhandenen Potentiale besser nutzte. Zu einer sinnvollen Förderung aber reichten die im Haushalt dafür vorgesehenen Mittel nicht aus. Er fragt nach den Richtlinien, die der Minister während der vorjährigen Haushaltsberatungen für den Sommer des laufenden Jahres zugesagt habe.

Die alternativen Energien seien in den vergangenen Jahren durch das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft gefördert worden. Nach einer den Landwirtschaftskammern zugegangenen Mitteilung solle die Förderung nunmehr durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie erfolgen, woraufhin die Kammern nunmehr die Meinung verträten, daß sie mit der Umsetzung dieser Mittel nichts mehr zu tun hätten. Er weist darauf hin, daß ein hoher Prozentsatz derjenigen, die alte Wasserrechte hätten oder die Windkraft nutzen wollten, Landwirte seien, und verbindet damit die Frage, ob der Wirtschaftsminister die Landwirtschaftskammern ermuntern werde, die Beratung und Förderung fortzuführen. Andernfalls würde seines Erachtens das Programm zur Förderung alternativer Energien weitgehend zusammenbrechen.

MR Beilmann (MWM) betont, bei dem Programm gehe es darum, nicht die traditionellen Energieträger, sondern alternative Energien - unter anderem Wasserkraft, aber auch Windenergie - anwendungsorientiert und praxisbezogen zu fördern. Das bedeute, daß das Programm nicht als Zukunftsprogramm zu verstehen sei, sondern daß das gefördert werden solle, was jetzt schon machbar sei.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
36. Sitzung

11.11.1987  
the-ro

Was die Wasserkraft betreffe, so seien zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer in Münster inzwischen wieder einige Wasserkraftanlagen in Betrieb genommen und dafür auch Zuschüsse gewährt worden. Dies sei nicht immer einfach; denn soweit es darum gehe, nicht nur Eigenstromerzeugung zu betreiben, sondern gegebenenfalls auch in das Netz des öffentlich-rechtlichen EVU einzuspeisen, ergebe sich das Problem der Einspeisungsbedingungen.

Sofern dieses Programm Schnittstellen mit anderen Ressorts habe, sei es mit diesen abgestimmt worden, und zwar keineswegs in dem Sinne, daß dort laufende Fördermaßnahmen wegen dieses Programms jetzt eingestellt würden. Er werde die Frage aber mit dem Umweltministerium umgehend noch einmal abklären.

Minister Dr. Jochimsen erinnert daran, daß sein Ministerium die Zuständigkeit für die Wasserkraftwerke mit dem Haushaltsjahr 1987 übernommen habe. Über den Förderstand werde das Ministerium schriftlich berichten. Es handele sich dabei um Vollzug des Haushalts 1987, und nicht für alles und jedes müsse es Richtlinien geben; schließlich spreche sich die CDU sonst doch so häufig gegen eine Bürokratisierung aus.

Die Regierung habe vernünftige Entscheidungen getroffen. Es sei schon schwierig genug, mit den EVU, die dort wie seit Jahren ihren "Reibach" machen wollten, klarzukommen. Entscheidender Punkt sei, daß ein Teil derjenigen Landwirte, die die Wasserkraft nutzen wollten, unzufrieden mit den ihnen angebotenen Einspeisungsätzen seien.

Es sei schwer zu erreichen, daß die auf Bundesebene Ende der 70er Jahre getroffenen und vor etwa einem Jahr verbesserten Verabredungen zwischen dem Verband industrieller Kraftwirtschaft und dem Verband der öffentlich-rechtlichen Energieversorgungsunternehmen auf die örtliche Ebene durchschlügen; denn die Wasserkraftwerksbesitzer seien nicht organisiert. Hier sei das Wirtschaftsministerium tätig, und es könne keine Rede davon sein, daß sich der Wirtschaftsminister nicht darum kümmere, weil die Landwirte in den Landwirtschaftskammern organisiert seien.

Im übrigen sei es ja gerade die Absicht des dem Ausschuß am 22. Oktober zugeleiteten Programms, die Bemühungen zu verstärken. Insofern wäre es widersinnig, wenn der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft hier jetzt seine Tätigkeit einstellte. Man werde der Frage nachgehen und dem Ausschuß darüber berichten; denn in dieser Frage hätten der Ausschuß und das Ministerium durchaus das gleiche Interesse.